

Jochen-Christoph Kaiser, Die Gründung des Central-Ausschusses für Innere Mission. Ein historisch-theologischer Rückblick, in: 'Des Volkes Noth werde unsere Noth ...' Wittenberg 1848-1998. Anlaß zum Gedenken und Neubessinnen (Themen der Diakonie 28), Frankfurt/Main 1998, 7-18.

Jochen-Christoph Kaiser

Die Gründung des Central-Ausschusses für Innere Mission

Ein historisch-theologischer Rückblick¹

Im Februar 1848 erschien in London eine kleine Schrift von 30 Seiten, die Geschichte machen sollte, auch wenn sie von den meisten Zeitgenossen damals nicht beachtet wurde: das *Manifest der Kommunistischen Partei*.² Es begann mit den berühmten Worten: „Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet, der Papst und der Zar, Metternich und Guizot,³ französische Radikale und deutsche Polizisten.“ Und dann führten die Verfasser, Marx und Engels, im einzelnen aus, daß die soeben erst, in der Französischen Revolution und dem Ende des Ständestaats zur ökonomischen und gesellschaftlichen Macht gelangte bürgerliche Klasse bereits wieder an ihr Ende gelangt sei: Die Zukunft gehöre der neuen Klasse, dem Proletariat, postulierte das Manifest; unter Führung ihres entscheidendsten Vorkämpfers, der Kommunisten, würden die Klassenschranken und damit Elend, Armut und soziale Frage durch die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums überwunden. Mit der Durchsetzung der Kommunistischen Revolution wird die Grundvoraussetzung aller bürgerlich-kapitalistischen Ökonomie abgeschafft: das Privateigentum. Auf diesem aber beruhen die ideellen Werte der bürgerlichen Gesellschaft: Kunst, Bildung, Religion. Durch die Revolutionierung der Ökonomie werden auch die Ideen, der geistige Überbau der bürgerlichen Gesellschaftsverfassung obsolet und gehen zugrunde.

Es klang bis in die Gewalt der Sprache hinein wie eine Antwort auf diese Herausforderung, als Anfang Mai 1848 ein Artikel in

den Hamburger *Fliegenden Blättern*, der Hauszeitschrift des ‚Rauhen Hauses‘, erschien, in dem es hieß: „Communismus – der Name wirkt jetzt wie ein Medusenhaupt. Die Furcht geht vor ihm her und läßt das Blut in den Adern der bürgerlichen Gesellschaft erstarren. Und mit Recht. So unbekannt den Meisten, die von dieser Furcht erfaßt sind, diese finstere Macht ihrem Wesen nach auch sein mag, so erkennbar ist sie doch an ihren Wirkungen ... Der Communismus ist seiner eigentlichen Natur nach nicht eine politische, sondern eine sociale Erscheinung ... Der verwirklichte Communismus ... ist der zum Ausbruch gekommene verhaltene Grimm der Armuth oder der Aermeren gegen den Reichthum, die Gewaltthat der Nichtgenughabenden ... gegen jede Art von Ueberfluß des Einzelnen.“⁴ Weil der Kommunismus die Gleichheit aller durchsetzen will, erhebt er utopische und damit sinnlose Forderungen, da die Ungleichheit der Menschen für den Verfasser dieses Artikels, Johann Hinrich Wichern, eine Konstante der menschlichen Geschichte darstellt und in der Ordnung Gottes für die gefallene Welt verankert ist. Damit aber sind diese Forderungen – in Wicherns Worten – zugleich ‚unsittlich‘, da der Kommunismus „das von Gott gesetzte Wesen des Einzelnen und des Ganzen, mit dem ihm zugeordneten Bedingungen der Existenz, der Auflösung und Zerstörung entgegengerichtet“. Wer diese Ordnungen in Frage stellt, ist konsequentermaßen gezwungen, Staat, Kirche, Ehe und Gesellschaft zu vernichten.

Wichern unterschied die *politische, soziale* und *kirchliche* Seite der von ihm so apostrophierten ‚Proletarier- und Arbeiterfrage‘, in der er noch nicht die Folge der Industriellen Revolution, sondern den Ausfluß der Pau-

perismus sah. An zentraler Stelle stand für ihn die kirchliche Seite: Das deutsche Volk war für ihn vor allem durch das Christentum geprägt worden, und deshalb lag der tiefste Grund für die politische-soziale Verwirrung, die in den Märzereignissen offenbar wurden, – so wörtlich – „im Verlassen und Abstreifen des Christentums“. In theologischer Hinsicht bedeutete dies, daß er und seine Mitstreiter Armut, Elend und die daraus erwachsenden politischen Eruptionen letztlich als Folge der Sünde qualifizierten. Abhilfe konnte nur die *Predigt des Evangeliums für die Armen* schaffen. Aber nicht nur die Predigt, sondern das offene Zugehen auf diese Menschen, der persönliche *Besuch* bei ihnen und die soziale Hilfeleistung waren notwendig, um die Entkirchlichung der Unterschichten aufzuhalten und sie in die christliche Gesellschaft wieder zu integrieren. Daß die verfaßten Kirchen für diese Aufgabe kaum in Frage kommen würden, war Wichern klar; deshalb setzte er auf das neu aufkommenden Vereinswesen, dessen freie Assoziationen hier ungehemmt von kirchenregimentlichen Hemmungen und staatskirchlichen Rücksichten aktiv werden sollten.

Lassen wir es mit dieser Momentaufnahme der ganz unterschiedlichen Deutung der revolutionären Phänomene aus dem Jahre 1848 vorerst bewenden. Wichern hat das Kommunistische Manifest damals nicht gekannt, sondern entwickelte seine Gedanken über die damals global als Kommunistische Bewegung bezeichneten Strömungen des Umsturzes der Gesellschaftsordnung eigenständig aus seiner fundierten Kenntnis der politisch-sozialen Lage und der zeitgenössischen Literatur. Es ist erstaunlich, wie rasch und unmittelbar er publizistisch und kirchenpolitisch auf den Ausbruch der Märzrevolution in Deutschland reagierte, und bei aller Kritik an den Konzepten der liberalen und linksbürgerlichen Strömungen, die bürgerliche Freiheit, politische Partizipation

und die Schaffung eines einheitlichen deutschen Nationalstaats auf ihre Fahnen geschrieben hatten, wußte er um die scharfen sozialen Spannungen, die mit für den Ausbruch dieser Erhebung verantwortlich waren. Zwar erschienen ihm Diagnose und Therapie intellektuellen Gruppierungen des äußerst linken Flügels der Revolutionäre grundverkehrt, die sich zum Sprachrohr des verbreiteten Massenelends bzw. des Pauperismus machten, aber die Tatsache, daß es dieses Elend gab und die Einsicht, daß es mit allen verfügbaren Mitteln bekämpft werden mußte, leitete auch ihn und seine Weggefährten in diesem Epochenjahr 1848.

Der folgende Beitrag geht zunächst auf die Vorgeschichte der Inneren Mission ein, skizziert dann die Ereignisse des Jahres 1848 in kirchenpolitischer wie diakonischer Perspektive und stellt in einem dritten und letzten Teil anhand der konkreten geschichtlichen Entwicklung einige Überlegungen zum Verhältnis von Staat, Kirche und Diakonie vor.⁵

I.

An der Schwelle zum 19. Jahrhundert entfaltete sich eine *neue* Welt, die wir die *Moderne* nennen, und die das Leben der Menschen und ihr Bewußtsein in tiefgreifender Weise veränderte. Denn in der Zeitspanne zwischen 1770 und 1870 begann das Zeitalter der Industriellen Revolution in Europa und erreichte seine ersten Höhepunkte. Die Moderne unterwarf die Gesellschaft der Industriestaaten einem raschen Wandel in ökonomischer, sozialer und kultureller Hinsicht, der neben vielen positiven Aspekten zuvor nicht gekannte Probleme mit sich brachte. Auch das Christentum und mit ihm die kirchliche Armenpflege wurden davon tiefgreifend berührt: Die alten Regeln der Gestaltung bürgerlicher und christlicher Existenz galten nicht mehr ungefragt, und auch Fürsorge für die „schwachen“ Glieder der

Gesellschaft als selbstverständliche Konsequenz organisierter Frömmigkeit und stadtbürgerlicher Verantwortung wurde in diesen Wandel einbezogen. Uns interessiert in diesem Zusammenhang vor allem die Entstehung einer neuen Armut und ihre Bekämpfung, weil hier die Ursprünge der Inneren Mission liegen.

Man bezeichnet die neue Armut, die nach den Befreiungskriegen 1813/15 einsetzte, als Pauperismus. Dieser entstand als Reaktion auf die Reformen in den deutschen Ländern, vor allem in Preußen, die einen grundlegenden Umbau der Wirtschaftsverfassung einleiteten und neben anderem die Bauernbefreiung und die Abschaffung der ständischen Zunftordnung zur Folge hatten. Das Ergebnis war zunächst nicht der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung, sondern eine sich bis zur Märzrevolution hinziehende große Wirtschafts- oder ‚Emanzipations‘-krise.⁶ Viele Handwerker machten sich nun selbständig, ohne über das notwendige Kapital zu verfügen und mußten ihre Kleinstbetriebe nach kurzer Zeit wieder schließen. Mit dem schnellen Wachstum der Bevölkerung, die auf dem Lande kein Auskommen mehr fand und deshalb in die großen Städte strömte, bildeten diese Menschen eine neue Unterschicht, die von den Risiken der beginnenden Industrialisierung besonders betroffen wurden: Arbeitslosigkeit, Invalidität, Krankheit und Alter.⁷

Dies war die Lage, in der zwischen 1810 und 1848 die Anfänge der sozialen Arbeit der Inneren Mission liegen, die sich von der traditionellen kirchlich gebundenen Armenpflege signifikant unterschied. Die Differenz bezog sich vornehmlich auf zwei Bereiche: zunächst auf das Motiv eines Hilfehandelns aus religiöser Verantwortung, das jetzt soziale Zuwendung und die Verkündigung der christlichen Botschaft integrieren wollte. Des weiteren sollte das Nebeneinander der zahlreichen Initiativen einzelner und von örtlichen Vereinen und durch die organisato-

rische Straffung bzw. den Neuaufbau überregional tätiger protestantischer Hilfsorganisationen zugunsten höherer Effektivität überwunden werden. Dieses Programm ist untrennbar mit dem Namen des Hamburger Theologen Johann Hinrich Wichern verbunden, der seine Vorstellungen erstmals zusammenhängend in seiner berühmten ‚Stegreifrede‘ auf dem ersten protestantischen Kirchentag 1848 in Wittenberg einer größeren Öffentlichkeit vorstellte.

Wicherns Idee eines Zusammenschlusses von Einrichtungen der Inneren Mission und – in einem zweiten Schritt – ihrer Organisation in regionalen Verbänden, kam nicht von ungefähr, denn das 19. Jahrhundert ist die ‚klassische Periode‘ der bürgerlichen Vereinsbewegung in Deutschland gewesen. Die ‚Gesellschaften‘, ‚Assoziationen‘, ‚Bünde‘ und ‚Vereine‘ tauchten am Ende des 18. Jahrhunderts als Vorboten der sich formierenden bürgerlichen Gesellschaft auf und befriedigten mit ihren Zusammenschlüssen spezifische, in sich unterschiedliche, sich jedoch vielfach berührende Bedürfnisse. Sie erfüllten damit eine Brückenfunktion im Übergang von der Gesellschaft des Ancien Régime zur modernen Welt des 19. Jahrhunderts.⁸

Seit den 1780er Jahren bildeten sich Gruppierungen, die sich künstlerischen, gelehrten, patriotischen und religiösen Aufgaben zuwandten. Im Zeichen gegenseitiger Freundschaft und Brüderlichkeit wollten die Mitglieder untereinander Aufklärung, Bildung und Erbauung betreiben, fühlten sich aber auch dem Allgemeinwohl verpflichtet. Neben die Zielsetzung der sittlichen Vervollkommnung des Individuums trat der Anspruch auf *Mitgestaltung des Öffentlichen*, was bisher allein Sache der Obrigkeit gewesen war. Dieses Kennzeichen der neuen Vereinsbewegung bedeutete jedoch nicht Konkurrenz oder gar Kritik an bestehenden Politikstrukturen – die patriotischen Gesellschaften, Lese- und Armenpflegevereine

wollten im Gegenteil in Kooperation und Eintracht mit dem Staat ihren Beitrag zum bonum commune erbringen. Die gravierenden Probleme des Pauperismus und die Entstehung einer neuen Klasse brachten dann die soziale Frage jenseits der traditionellen ‚Besserung der Armen‘ auf die Tagesordnung.

Eine wichtige Rolle spielten in diesem Zusammenhang die christlichen Verbände.⁹ Zu ihren unmittelbaren Vorläufern gehörten auch die pietistischen Konventikel, die dem Charakter der Landeskirchen als *Heilsanstalt* mißtrauten und das Freiwilligkeitsprinzip zum Gründungselement ihrer Sozietäten machten. Eine Vorreiterrolle haben die christlichen Zusammenschlüsse bei der Entstehung des Verbandswesens – sieht man von den zahlreichen protestantischen Pfarrern ab, die ad personam, nicht als Vertreter ihrer Landeskirchen in den Vereinen mitwirkten – allerdings nicht gespielt. Die Kirchen, besser das Kirchenvolk, hängten sich, wie Thomas Nipperdey es ausgedrückt hat, an die Verbandsentwicklung gewissermaßen an, in der sie ein zentrales Element der modernen Bürgerlichkeit zur Mobilisierung ihrer Anhänger gegen die Säkularisierung und für die Wiederverchristlichung der Gesellschaft sahen.

Nicht die Kirchen selbst übernahmen also das Vereinsprinzip und instrumentalisieren es für ihre Zwecke, sondern einzelne ihrer Glieder, die sich als Christen *und zugleich* Bürger verbandlich organisierten, was zeitgenössische Beobachter und die spätere Forschung dann häufig und zu unrecht als kirchenamtliche Unternehmungen interpretierten.

Dem neupietistischen Element verdankten diesen Gründungen zudem eine latent bis offen artikulierte kirchenkritische Haltung, denn „das bestehende Kirchentum galt in den von der religiösen und sozialen Not tief erregten Kreisen wegen seiner toten Form

und seiner Bürokratie als verdächtig, als unfähig, Leben zu wecken“, schrieb Otto Baumgarten 1913 im Rückblick auf die Anfänge des protestantischen Vereinswesens.¹⁰ Das bedeutete keine ‚Kampfansage‘ an die protestantischen Territorialkirchen, deutete aber auf ihre Schwächen hin. Dabei verstanden die meisten Gründungen des Vormärz ihre Tätigkeit als Angebot an die Landeskirchen, sich an den Vereinszielen mit Personal und Finanzen zu beteiligen, was diese aber meistens ablehnten. Für die Mehrzahl der Vereinsgründungen vom Vormärz bis Ende des Jahrhunderts waren zunächst also zwei, ab 1848 dann drei Strukturmerkmale unabhängig von ihrer inhaltlichen Zielsetzung bestimmend: Sie hielten erstens wie erwähnt Distanz zum Landesherrlichen Kirchenregiment, sie verstanden sich zweitens als konfessionsübergreifende Gruppierungen, d. h. sie suchten den Gegensatz reformiert-lutherisch zu überwinden, und sie verfochten schließlich unionistische Tendenzen, nicht so sehr als Vorreiter der von Preußen ausgehenden innerkonfessionellen Union, sondern als Protagonisten einer einheitlichen deutschen Reichskirche. Für die Traktat-, Bibel- und Missionsgesellschaften erwecklichen Ursprungs mußten die dogmatischen Differenzen der lutherischen wie reformierten Orthodoxie zugunsten der persönlichen Glaubensentscheidung und ihres praxisbezogenen Frömmigkeitsideals in den Hintergrund treten. Und die sozial-karitativ engagierten Stiftungen und Vereine sahen darin ein Hindernis für die Organisationfähigkeit und damit Durchschlagskraft ihrer Arbeit über die Territorialgrenzen hinweg.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß die Anfänge der Diakonie einmal aus der Erweckungsbewegung und dann aus der – noch weithin christlich geprägten – bürgerlichen Reformvernunft in Anlehnung an die Spätaufklärung kamen.¹¹ Ohne dieses Zweckbündnis theologie- und frömmigkeitsgeschichtlich ganz unterschiedlicher, ja ge-

gensätzlicher Richtungen ließe sich auch der ungeheure Erfolg nicht erklären, denn Wicherns Initialzündung in Wittenberg 1848 auslöste.

Der Übergang der Vereinsbewegung zu *kirchenpolitischen* Themen- und Aufgabenstellungen, die für die zahlreich folgenden Neugründungen der Folgezeit konstitutiv werden sollten, war fließend. In Parallele zu den bürgerlichen Verbänden erhob man seit 1848 mehr und mehr den Anspruch auf Öffentlichkeitswirkung mit dem Ziel, zunächst im Umfeld der Kirche selbst, dann darüber hinaus in der Gesellschaft Einfluß auszuüben. Dies hatte, auch wenn es in vorsichtiger Form und in Anpassung an die gegebenen staatskirchlichen Strukturen geschah, eine eindeutig *politische* Komponente und realisierte sich vorerst auf zwei getrennten Ebenen, die allerdings eng miteinander verzahnt waren: Es ging einmal um die genannte Einheit der deutschen Kirchen und gleichzeitig um die ‚Lösung‘ der sozialen Frage, die man bis zur Kurskorrektur durch Adolf Stoecker noch im Kontext des Pauperismus verortete. Der Exponent dieser Semipolitisierung protestantischer Verbandsaktivitäten war Johann Hinrich Wichern, der in Wittenberg 1848 die Gunst der revolutionären Stunde dazu nutzte, für eine die Landesgrenzen überschreitende kirchliche Einheit *und* zugleich für ein Globalkonzept zur Besserung der religiösen und sozialen Lage der notleidenden unterbürgerlichen Schichten zu werben. Das war noch nicht Sozialreform wie sie andere propagierten, aber der Anfang dazu im kirchlichen Raum. – Wichern ist mit seinen unitarischen Zielen an den Partikularinteressen der Landeskirchen, der sie beherrschenden Kirchenregimenter und am lutherischen Konfessionalismus gescheitert. Aber sein soziales Anliegen setzte sich durch und begründete in Gestalt des Central-Ausschusses für Innere Mission und der von ihm ausgehenden und angeregten zahlreichen Inneren-Mission-Vereine eine rasch ex-

pandierende sozialprotestantische Vereinswelt, die man spätestens seit den 1920er Jahren als den ‚sozialen Konzern‘ des evangelischen Deutschland bezeichnen kann.

II.

Kommen wir nun zum eigentlichen Kirchentag. Die Märzereignisse hatten die Landeskirchen, die sich als Teil der allgemeinen Staatsverwaltung begriffen und es ja rechtlich auch waren, stark beeindruckt. Dabei überwog ein Gefühl der Unsicherheit, wie man dem sich anbahnenden Neuen begegnen sollte. Andererseits war das Staatskirchentum schon vor 1848 unter zunehmenden Druck jener Kräfte aus Universitätstheologie und den Eliten eines protestantischen Laienchristentums geraten, die angesichts einer durch die Befreiungskriege entstehenden politischen Sehnsucht nach einem deutschen Nationalstaat auch eine einheitliche deutsche Nationalkirche wollten. Nicht die *politische*, wohl aber eine *kirchliche* Einigung förderte auch der preußische König Friedrich Wilhelm IV., der sich davon eine innere Belebung der Kirche und ihres gesellschaftlichen Einflusses im Rahmen jenes christlichen Staates versprach, den der konservative Jurist Friedrich Julius Stahl uner müdlich propagierte.

Noch ein anderes Faktum wirkte bei dem Zusammentreten des Wittenberger Kirchentag im September 1848 mit: Die Beschlüsse des Frankfurter Vorparlaments von Anfang April des Jahres hatten gezeigt, daß sich die politische Neuordnung im Rahmen einer Reichsverfassung auch auf die Rechtsstruktur der Landeskirchen auswirken würde:¹² Der die „Grundrechte und Forderungen des deutschen Volkes“ betreffende Artikel enthielt nämlich die Empfehlung der Gleichstellung der politischen Rechte aller Bürger „ohne Unterschied der Glaubensbekenntnisse und die Unabhängigkeit der Kirche vom Staate“, die Abschnitt VI, Artikel V,

§ 147 der Frankfurter Reichsverfassung fast genau ein Jahr später (28.III.) dahingehend präzisierte, daß jede Religionsgesellschaft ihre Angelegenheiten eigenständig ordnen und verwalten sollte.¹³

Jetzt galt es, angesichts des scheinbar unmittelbar bevorstehenden Endes der jahrhundertalten Symbiose von Staat und Kirche, enger zusammenzurücken, um vermeintlich kommende Trennung von *Staat und Kirche*, die damals als existenzbedrohend für die Kirche empfunden wurde, gemeinsam besser zu bestehen. Es waren jedoch nicht offizielle Vertreter der kirchenleitenden Gremien, die zur Septemberversammlung aufriefen, sondern bekannte Protestanten, die sich als Privatpersonen hier engagierten. Von zwei regionale Zentren gingen die Bemühungen um einen Kirchentag aus:¹⁴

1. Im Umfeld der preußischen Rheinprovinz, an der Universität Bonn, traten der Theologe Isaak August Dorner und der Jurist Moritz August von Bethmann-Hollweg vehement für die Bildung einer Nationalkirche ein. Eine Konferenz von mehr als 100 rheinischen Theologen sprach sich im Mai 1848 in Bonn für den Vorschlag aus, eine Generalsynode einzuberufen, um die anstehenden Probleme und Chancen zu klären. Auch wenn sich die Anregung nicht durchsetzte, gehört diese Initiative zur Vorgeschichte von Wittenberg.
2. In Südhessen war es die sogenannte Sandhofkonferenz, eine Versammlung erweckter Theologen und einzelner Laien, die seit Anfang der 1840er Jahre regelmäßig zusammenkamen und sich auf ihrer Jahrestagung Anfang Mai 1848 angesichts der kirchenpolitisch bedrohlichen Aussichten ebenfalls für die Einberufung einer zentralen Versammlung deutscher Protestanten plädierten, die sie als ‚Kirchentag‘ bezeichneten. Zu dessen

Vorbereitung fand am 21. Juli unter Vorsitz des Gymnasialprofessors Philipp Wackernagel eine außerordentliche Sandhofkonferenz statt. Begründet wurde dieser Vorstoß mit dem auf allgemeine Zustimmung stoßenden Argument, „die Kirche dürfe nicht stumm und starr über sich ergehen lassen“, was der Staat nach seiner Trennung von ihr tun werde; keinesfalls dürfe es „dem bisherigen Kirchenregiment überlassen bleiben, ihr eine Verfassung zu oktroyieren“.

Von dieser zweiten Sandhofkonferenz gingen dann die entscheidenden Impulse für das Zustandekommen von Wittenberg aus: Wackernagel verschickte in ihrem Namen an 93 Persönlichkeiten des deutschen Protestantismus eine Einladung, in der er Vorschläge für das Programm und die Zielsetzungen machte. Darin hieß es u.a.: „Die evangelischen Konfessionen Deutschlands treten zu einem Kirchenbund zusammen; dieser ist keine Union, sondern eine zeitgemäße Erneuerung des Corpus Evangelicorum;¹⁵ jede Konfession bleibt bei der Ordnung ihres Verhältnisses zum Staat und ihrer inneren Angelegenheiten unabhängig vom Kirchenbund“. Allerdings machte der wohl nur aus Legitimationszwecken gegenüber dem Neuluthertum eingefügte Rückbezug auf das Corpus Evangelicorum des Alten Reiches keinen besonderen Eindruck, denn der Ausdruck wurde später in den Kongreßunterlagen gestrichen und durch ‚kirchliche Konföderation‘ ersetzt. In dem erst Ende August herausgehenden Einladungsschreiben „an die Freunde der evangelischen Kirche geistlichen und nichtgeistlichen Standes“ hieß es dann, man wolle ab dem 21. September „in einer vorläufigen freien Versammlung die Verhältnisse der evangelischen Kirche in der gegenwärtigen Zeitlage brüderlich ... beraten“.

Der Wittenberger Kirchentag stieß innerhalb des deutschen Protestantismus auf ein überwältigendes Echo, wenn auch nicht bei allen

Richtungen. Am 21. September versammelten sich etwa 500 Teilnehmer in der Wittenberger Schloßkirche; die meisten kamen aus der Preußischen Landeskirche, unter ihnen viele Vertreter der orthodoxen Richtung, aber auch der Vermittlungstheologie; nur die konfessionellen Lutheraner und die Rationalisten waren nicht erschienen. Das Einleitungsreferat hielt der gerade von Bonn nach Berlin berufene Theologe Karl Immanuel Nitzsch, – einer der bedeutendsten Vertreter der Vermittlungstheologie und Vorkämpfer der Union. Er war auf der Berliner Generalsynode von 1846 als Verfechter einer neuen, zwischen den Konfessionen vermittelnden Ordinationsformel hervorgetreten, die von dezidierten Lutheranern als ‚Nitzschenum‘ verspottet wurde. M.a.W.: Der Name Nitzsch stand für ein bestimmtes Programm, und nicht von ungefähr entzündete sich an seinem Vortrag über die Notwendigkeit und Möglichkeit eines Kirchenbundes eine heftige Kontroverse. Freilich konnte er sich am Ende durchsetzen und die Versammlung zu dem Votum bewegen, ein solcher Bund sei wünschenswert. Mehr war auch gar nicht denkbar, denn die Teilnehmer wußten sehr wohl, daß sie kein eigentliches Mandat zur Gründung einer kirchlichen Konföderation über landeskirchliche Grenzen hinweg besaßen. Jeder Versuch, sich darüber hinwegzusetzen, wäre bei den konservativen Legitimisten und in der diesen nahestehenden Öffentlichkeit als ‚revolutionärer Akt‘ empfunden und entsprechend verworfen worden. Die Versammlung sah es deshalb vielmehr als ihre Aufgabe an, die Kirchenregierungen zu Verhandlungen über diesen Punkt zu bewegen. Damit beauftragte man einen Ausschuß, der noch während der Tagung Kontakt mit den wichtigsten Landeskirchen aufnahm. Als diese mit der Ausnahme Württembergs jedoch abwinkten, war dem Kirchentag klar, daß er sein wichtigstes Anliegen nicht durchbringen konnte.

Wichern hatte zu den Unterzeichnern der Einladung gehört, die er auch in seiner Hauspostille, den *Fliegenden Blättern*, abdruckte. Kritisch fügte er hinzu, er vermisse in dem Aufruf die Beschäftigung mit anderen praktischen großen Zeitfragen, versicherte jedoch seinen Lesern, daß in Wittenberg genug Raum bleiben werde, die öffentlich anzusprechen.¹⁶ Wichern war offenbar der einzige, für den die Revolution auch soziale Ursachen hatte, die er auf dem Kirchentag ansprechen wollte. Auf der Tagesordnung stand die Innere Mission zunächst ganz hinten, aber Wichern, den wohl die Furcht plagte, die Versammlung könnte sich auflösen, bevor sein Thema behandelt wurde, setzte es schließlich durch, daß dieses ganz nach vorn an die erste Stelle rückte. Als wesentliches Ziel hatte er im Auge, die Diakonie als wichtige Aufgabe des Kirchenbundes anerkennen zu lassen.¹⁷

Nach einer kurzen Einführung Wicherns am Vortag war es dann am 22. September soweit: Die Innere Mission und ihre Einbettung in die kirchlichen Aufgabengebiete wurden diskutiert. Anders als in den kirchenamtlichen Äußerungen dazu, die das Wirken der freien christlichen Vereine bislang ignoriert hatten, zeigten sich die Anwesenden aufgeschlossen. Wichern erkannte die Gunst der Stunde, als ihn die Versammelten aufforderten, sich grundsätzlicher über die Innere Mission zu äußern. Wohl ohne Manuskript, eben aus dem ‚Stegreif‘ hielt er dann einen ¼-stündigen Vortrag, der einen ungeheuren Eindruck machte. Dabei war er kein besonders befähigter Redner, zumal er seine Ausführungen in der Absicht, ihre Wirkung zu verstärken, mit derart vielen Zahlen und Fakten spickte, daß die Protokollanten kaum mitkamen. So ist denn auch keine einigermaßen vollständige Fassung seiner Worte überliefert. Das, was wir als *Denkschrift* kennen, stellt nicht etwa die Druckversion seines Vortrags dar, sondern

ist etwas Neues, Eigenständiges in systematischer Reflexion.¹⁵

Wichern begann nicht mit der Inneren Mission, sondern mit einer Analyse der Ursachen der Revolution. In herumreisenden Handwerksgehlen und dem Proletariat der großen Städte sah er die Trägerschichten der Revolution. Die Kirche habe gerade diese Klientel vernachlässigt, vor allem die bis ins Ausland wandernden Gesellen, die damit ungeschützt der revolutionären Propaganda ausgesetzt gewesen seien und diese weitergetragen hätten. In der Inneren Mission stehe der Kirche jedoch ein Mittel zur Verfügung, um diesen Schaden wieder gutzumachen. Damit war Wichern beim eigentlichen Thema und berichtete nun über die Anfänge der Inneren Mission in Deutschland und darüber hinaus. Freilich sei das Vorhandene noch nicht ausreichend: Vor allem müßten die glaubenslosen Menschen wieder durch die Verkündigung des Wortes Gottes erreicht werden. Für diese bisher versäumte Bringeschuld habe die Kirche Buße zu tun und solle in diesem Kontext die Arbeit der Inneren Mission zu ihrer eigenen erklären. Das war auch der Zusammenhang, indem Wichern jene Formulierung benutzte, die berühmt werden sollte: „Die Liebe gehört mir wie der Glaube.“ Es ging ihm damit aber nicht nur oder in erster Linie um eine theologische Primäraussage, als die sie später vielfach interpretiert wurde, sondern um das schlichte kirchenpolitische Anliegen, den anvisierten Kirchenbund für die Arbeit der Inneren Mission in die Pflicht zu nehmen.

Mit diesem Ziel hatte er Erfolg, denn die Versammlung stimmte ihm ohne Gegenrede zu, hielt das Thema aber offenbar noch nicht für erledigt, denn am Tage darauf erhielt Wichern nochmals Gelegenheit, vor dem Auditorium zu sprechen. Jetzt zog er praktische Konsequenzen aus dem zuvor Gesagten und regte die Gründung eines Central-Ausschusses an, der in enger Verbindung mit der Leitung des künftigen Kirchenbundes zu schaf-

fen sei. Die vorhandenen, aber vielfach zersplitterten Aktivitäten christlicher Liebestätigkeit müßten zusammengefaßt und dadurch verstärkt werden, daß jeder hier tätige von der Arbeit der anderen *wisse*. Die Knüpfung kommunikativer Netze im Sachbereich Diakonie mit all seinen theologischen und sozialen Facetten, nicht Leitungskompetenz wollte er dem Central-Ausschuß zuweisen und deutete damit in Richtung eines Modells, das sich als durchsetzungsfähig und damit zukunftsreich erweisen sollte. Denn eine zentrale Diakoniebehörde mit weitreichenden Weisungskompetenzen hätte in Wittenberg auch keine Chance gehabt. Außerdem entsprach dieses Modell den föderalistischen staatlichen und kirchlichen Strukturen in Deutschland und war damit auch für kommende Zeiten besser gerüstet als ein zentrales ‚Diakonie-Konsistorium‘.

Jedenfalls stimmte die Versammlung auf Anregung des Vorsitzenden v. Bethmann-Hollweg Wicherns Plänen in allen Punkten zu, und damit nahm von Wittenberg eine Entwicklung ihren Ausgang, die mit dem im Januar 1849 förmlich konstituierten Berliner Central-Ausschuß ein zentrales diakonisches Koordinierungsgremium schuf oder – in den Worten des alten Bodelschwingh um die Jahrhundertwende – einen „Generalstab der Liebesarmee“ im ‚Krieg‘ gegen Unglaube, Armut und soziales Elend.¹⁶

III.

Im historischen Urteil der Nachgeborenen erscheint es so, als sei Wicherns Rede in Wittenberg gerade recht gekommen, um das völlige Scheitern dieser ersten großen deutschen Kirchenversammlung zu verhindern. Wenn ein Kirchenbund schon nicht zu erreichen war, dann sollte die Idee einer Zusammenfassung der Inneren Mission auf nationaler Ebene demonstrieren, daß man nicht ganz ohne Ergebnis wieder nach Hause fuhr. In der Tat nahm die Gründung des Central-

Ausschusses ein Stück weit jene Sehnsucht nach kirchlicher wie natürlich auch politischer Einheit vorweg, die beide erst später erreicht wurden.

Es scheint von daher nicht überzogen, die Innere Mission und ihren Central-Ausschuß intentional als nucleus einer reichskirchlichen Einigung zu betrachten. Ihre Kritiker im Lager des Neuluthertums und die auf Wahrung ihrer Partikularinteressen bedachte Konistorialbürokratie der Landeskirchen haben das jedenfalls so gesehen. Den einen war die angenommene innerprotestantisch-konfessionelle Indifferenz zuwider, – ein Erbe der Erweckungsbewegung wie der liberal-patriotischen Vereinsbewegung, die sich der Spätaufklärung verbunden wußte. Und die Landeskirchentümer begegneten reichskirchlichen Bestrebungen mit Mißtrauen, weil sie davon eine Beeinträchtigung ihrer Eigenständigkeit befürchteten. Als die Revolution in der Reaktionsperiode endete, erlahmte allerdings das kurzzeitige Interesse an einem gesamtkirchlichen Zusammenschluß. Erst im Umfeld der ‚braunen Revolution‘ des Jahres 1933 kam man nicht mehr umhin, sich den scheinbaren Erfordernissen der Zeit zu beugen und der Bildung einer Reichskirche zuzustimmen.

Wichern hat – wie vorhin angedeutet – mit seinem Werk einen ersten Schritt in Richtung einer vorsichtigen *Politisierung* des Verbandsprotestantismus gewagt, auch wenn er selbst das nicht so sah und jede Absicht eines politischen Gestaltungswillens der Inneren Mission vehement bestritt. Dennoch verfolgte er unentwegt das durchaus ‚politische‘ Ziel, die Öffentlichkeit auf die sozialen Mißstände seiner Zeit aufmerksam zu machen und sie um ihre Unterstützung bei der Bekämpfung dieser Notlagen zu bitten. Daß dahinter in erster Linie Strukturprobleme standen, die der rasche gesellschaftliche Wandel seit Beginn des Jahrhunderts hervorgerufen hatte, war ihm nicht bewußt.

Denn dann hätte er für *politische Reformen* eintreten und eine Änderung der Sozial- und Wirtschaftsverfassung mit Hilfe des Staates fordern müssen. Davon war er weit entfernt, denn solche Zielsetzungen vertraten zu seiner Zeit nur wenige Splittergruppen der sich bildenden ‚linken‘ Bewegung, die man damals pauschal als ‚Communisten‘ bezeichnete. Wichern und seine politisch konservativen Freunde machten nicht den wirtschaftlichen Wandel für die sozialen Verwerfungen verantwortlich, sondern gerade diese Strömungen, denen sie auch die ‚Schuld‘ an der Märzrevolution von 1848 und die Abwendung großer Bevölkerungsteile von Christentum und Kirchen gaben. Wicherns Auffassung, daß der Staat nicht in den Bereich der Ökonomie regulierend einzugreifen habe und die Furcht, jede Änderung der Gesellschaftsverfassung gefährde das Königtum und den christlichen Staat als Zielperspektive, ließen es ihm undenkbar erscheinen, dafür einzutreten.

Man wird allerdings berücksichtigen müssen, daß Wichern die sozialen Zustände seiner Epoche noch nicht als Folgen des Industrialisierungsprozesses sah, sondern als Frucht der Massenarmut des Pauperismus. Erst eine Generation nach ihm gingen die (evangelischen) Staatssozialisten einen Schritt weiter. Der ihnen nahestehende Hofprediger Adolf Stoecker und seine Vorstellungen von einem sozialkonservativem Königtum markierten die *zweite Phase* eines sozialen Protestantismus, der sich jetzt merklicher als 40 Jahre früher für die *Intervention* des Staates in diesem Bereich aussprach. Auch wenn damit die herrschenden Gesellschaftsstrukturen im Sinne eines defensiven Konzepts in eine unverkennbar neue Zeit hinübergerettet werden sollten, deuten diese Vorstellungen auf einen Bewußtseinswandel innerhalb der Inneren Mission hin, wie er in der öffentlichen Debatte über soziale Reformen sichtbar wird, in die

sich der Central-Ausschuß seit den 1880er Jahre mehrfach einschaltete.

Vor nunmehr 25 Jahren hat Günter Brakelmann in einem Aufsatz aus Anlaß der 125jährigen Wiederkehr des Wittenberger Kirchentages darauf hingewiesen, daß Wicherns Konzeption für unterschiedliche politische Optionen seiner Zeit instrumentalisiert werden konnte.²⁰ Die Zustimmung seiner Weggefährten, des bekannten orthodoxen Theologen Ernst Wilhelm Hengstenberg und seiner einflußreichen *Evangelischen Kirchenzeitung* sowie des erwähnten Staatsrechtlers Friedrich Julius Stahl, zu Wicherns in Wittenberg vorgestelltem Inneren-Missions-Konzept deutet dies an. Insofern vertrat Wichern eine politische Theologie sui generis, und sein Konzept war keineswegs richtungsoffen, sondern konnte ohne weiteres in den Dienst der damals vorherrschenden konservativ-christlichen Staats- und Gesellschaftsideologie gestellt werden. Auf der einen Seite scheute sich der Leiter des Rauhen Hauses nicht, kirchliche Versäumnisse gegenüber der Massenarmut und den sozialen Trägern der Revolution öffentlich zu brandmarken und übte scharfe Kritik an seinen innerkirchlich-theologischen Gegner in den Auseinandersetzungen um den Diakonat als besonderes geistliches Amt. Dazu hielt er wenig von konfessionalistischen Trennlinien und schwor seine Innere Mission auf eine mittlere Linie ein. Auf der anderen Seite lehnte er die Revolution und ihre Träger-schichten kompromißlos ab, obwohl – wie die geschichtliche Entwicklung der Jahre 1848/49 zeigte – letztere keineswegs in ihrer Mehrheit aus glaubenlosen sogen. Kommunisten und Aufrührern bestand. Damit ließ sich – wie Brakelmann schreibt – “das von Wichern fundamental theologisch gemeinte Gegenkonzept gegen einen epochal verstandenen Verfall des Glaubens, der Ordnung und der Sitte ... funktional für die Herrschaftsinteressen von Krone, Adel, Bourgeoisie und Fürstenkirche verwerten”. Das

klingt hart und ein wenig nach dem Urteil eines Nachgeborenen, der eine Entwicklung von mehr als 100 Jahren deutscher Geschichte im Blick hat. Richtig daran ist jedoch, daß die Wichernsche Anthropologie aufs engste mit seiner christlich geprägten Geschichtsauffassung verschränkt war, oder mit andern Worten: Wer sich der Herrschaft Christi, die sich für Wichern in der Ständegesellschaft des Ancien Regime mit ihren klaren Positionen des ‚unten‘ und ‚oben‘ verwirklichte, zu entziehen suchte, hatte Gottes Zorn und Strafe zu gegenwärtigen. Wichern sah die Masse der Entkirchlichten durch ihr elendes Schicksal geprägt und von daher den Verführungen der atheistisch-revolutionären Demagogen schutzlos ausgeliefert. Deshalb hatten – wenn nicht die Kirche selbst – so doch die ihr zuarbeitende Innere Mission den göttlichen Auftrag, soziale Hilfestellung zu leisten, um den betroffenen Menschen das Hören auf Gottes Wort überhaupt erst wieder zu ermöglichen. Die Doppelspitze von Volksmission und sozialer Dienstleistung, die bis heute Wesenselement der Diakonie geblieben ist, hat hier ihren Ursprung. Insofern ist das bekannte Wort Eugen Gerstenmaiers von der ‚absichtslosen Liebe‘ als Voraussetzung aller Inneren Mission von dem historischen Befund nicht gedeckt und trifft nicht die Intentionalität diakonischen Handelns.²¹

Das DW gehört heute mit dem katholischen Caritasverband zu den beiden größten der sieben in der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Gruppierungen unseres Landes. Ihre vielfältigen Leistungen für die soziale Sicherung Hilfsbedürftiger sind in Politik und Gesellschaft unbestritten. Aber in Zeiten knapper fließender öffentlicher Gelder und einer zunehmenden Entkirchlichung mehrten sich auch jene Stimmen, die nach dem Sinn eigenständiger privater Wohlfahrtsorganisationen fragen: Kommt es den Staat nicht billiger, wenn er deren Aufgaben gleich ganz

übernimmt anstatt die Arbeit der Privaten mit hohen Zuschüssen zu fördern? Und ist es noch zeitgemäß, soziale Arbeit auf der Grundlage eines christlichen Menschenbildes zu tun? Müssen die Privilegien der anerkannten Verbände nicht endlich zugunsten anderer privater Anbieter fallen, damit auch der soziale Sektor endlich nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen organisiert wird? – So oder ähnlich klingen die Stimmen selbst bei manchen, die in Behörden und Ministerien politische Verantwortung tragen.

Solcher Kritik produktiv zu begegnen, stellt die Diakonie nach 150 Jahren heute vor neue existenzielle Herausforderungen. Nur in der Rückbesinnung auf die sie tragende Kraft des Evangeliums und seines sozialen Auftrags wird sie diese Herausforderungen annehmen und bestehen können. Die Arbeitsformen haben sich in der Vergangenheit immer gewandelt und den jeweils aktuellen Verhältnissen angepaßt. Das gilt auch für die Zukunft, – aber das Grundmotiv sozialen Hilfehandelns der Diakonie hat sich seit Wichern nicht geändert: diese Arbeit um Christi willen zu tun und die Kirche zu mahnen, daß tätige Nächstenliebe und der Glaube nicht voneinander zu trennen sind.

Daß Diakonie in der Lage gewesen ist, unter anderen gesamtgesellschaftlichen Bedingungen auch andere politische Optionen zu verfolgen, zeigt ihre Geschichte in den letzten 150 Jahren. Es dauerte allerdings lange – im Grunde bis 1945 – bis eine veränderte theologische und vor allem politische Denkweise dies zuließ. Vielleicht ist es erlaubt, angesichts eines Jubiläums wie es in diesem Jahr begangen wird, daran zu erinnern, daß es gerade für ein sozialetisch orientiertes Großunternehmen wie die Diakonie von existenzieller Bedeutung bleibt, sich der Gefahren einer Vermischung von gesellschaftspolitischen und theologischen Motiven in ihrer konkreten Tagesarbeit immer bewußt zu sein. Auch Tendenzen, die eine faktische Präferenz für soziale Arbeit zulasten der

theologisch-kirchlichen Rückvergewisserung erkennen lassen, gilt es selbstkritisch zu reflektieren. Dabei kann ein Blick in die Diakoniegeschichte mitwirken; diese liefert keine Rezepte für die Bewältigung der Aufgaben von heute und morgen; aber sie weist anhand der Leistungen der ‚Väter‘ (und ‚Mütter‘) der Inneren Mission auf Grundsatzprobleme hin und macht uns sensibel gegenüber dem Anspruch unseres eigenen Handelns.

- 1 Vortrag auf der Internationalen Konferenz theologischer Mitarbeiter in der Diakonie am 22.05.1998 in Wittenberg.
- 2 Karl Marx/Friedrich Engels, *Werke*, Bd. 4, Berlin/O 1974, 459–503.
- 3 1847/48 frz. Ministerpräsident.
- 4 „Communismus und die Hilfe gegen ihn“, in: *Fliegende Blätter* V. Serie, Mai 1848, Nr. 9; Reprint hg. vom DW der EKD, Berlin 1994; s.a. Johann Hinrich Wichern, *Sämtliche Werke*, hg. von Peter Meinhold, Bd. 1: *Die Kirche und ihr soziales Handeln (Grundsätzliches und Allgemeines)*, Berlin-Hamburg 1962, 133–151; Zitat 133.
- 5 Zur Literatur allgemein vgl. *Bibliographie zur Geschichte der deutschen evangelischen Diakonie im 19. und 20. Jahrhundert*, hgg. v. Volker Herrmann/Jochen-Christoph Kaiser/Theodor Strohm, Stuttgart 1997.
- 6 Vgl. *Die Eigentumslosen, Der deutsche Pauperismus und die Emanzipationskrise in Darstellungen und Deutungen der zeitgenössischen Literatur*, bearb. u. hg. v. Carl Jantke u. Dietrich Hilger, Freiburg-München 1965.
- 7 Dazu die Beiträge von Rüdiger vom Bruch und Jürgen Reulecke, in: Rüdiger vom Bruch, *Weder Kommunismus noch Kapitalismus. Bürgerliche Sozialreform in Deutschland vom Vormärz bis zur Ära Adenauer*, München 1985.
- 8 Allgemein zur Vereinsbewegung: Otto Dann (Hg.), *Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland*, München 1984. Vgl. a. Thomas Nipperdey, „Verein als soziale Struktur in Deutschland im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert“, in: *Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte historischer Forschung in Deutschland*, Göttingen 1972, 1–44.
- 9 Dazu Jochen-Christoph Kaiser, „Konfessionelle Verbände im 19. Jahrhundert. Versuch einer Typologie“, in Helmut Baier (Hg.), *Kirche in Staat und Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Referate und Fachvorträge des 6. Internationalen Kirchen-*

archivtags Rom 1991. Neustadt a.d. Aisch 1992, 187–209.

10 RGG V, 1631.

11 Diese zweite Wurzel neben der Erweckung wird in der älteren Literatur zu unrecht nicht thematisiert; vgl. Erich Beyreuther, *Geschichte der Diakonie und Inneren Mission in der Neuzeit*, Berlin 1983.

12 Ernst Rudolf Huber, *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*, Bd. 1, 1961, Nr. 81, 336.

13 Günther Franz (Hg.), *Staatsverfassungen. Eine Sammlung wichtiger Verfassungen der Vergangenheit und Gegenwart in Urtext und Übersetzung*, Darmstadt 1975, 161.

14 Folgendes nach Helmut Talazko, „Märzrevolution und Wittenberger Kirchentag“, in: *Die Macht der Nächstenliebe. Einhundertfünfzig Jahre Innere Mission und Diakonie 1848-1998*, Katalog zur Ausstellung, i.A. des Deutschen Historischen Museums und des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland hgg. v. U. Röper und C. Jüllig, Berlin 1998, 58-67. – Die Beiträge des Katalogs geben insgesamt einen konzisen und dem heutigen Stand der Forschung entsprechenden Überblick über die Geschichte von Diakonie und Wohlfahrtspflege in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert.

15 Das war die Vertretung der evangelischen Stände auf den Reichstagen seit 1648. – Damit deutete sich bereits im Vorfeld des Kirchentages an, mit welchen Problemen das einladende Komitee realistischerechnete. Die verbale Wiederbelebung des corpus evangelicorum von 1648 diente wohl vornehmlich dem Zweck, kirchenpolitische Gemeinsamkeiten der verfeindeten Gruppen über die theologischen Gräben hinweg zu beschwören.

16 „Einladung nach Wittenberg“, in: *Fliegende Blätter*, V. Serie, Anfang September 1848, Nr. 17; a.a.O.

17 Das Folgende nach dem fragmentarischen Protokoll der Wichern und die Innere Mission betr. Sitzungen des Kirchentages, in: J.H. Wichern, *Gesammelte Werke*, hg. von Peter Meinhold, Bd. 1, Berlin-Hamburg 1962, 155–171.

18 *Die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche. Eine Denkschrift an die deutsche Nation, im Auftrage des Centralausschusses für die Innere Mission verfaßt von J.H. Wichern*, a.a.O., 175 ff.

19 Bodelschwingh hatte mit dieser Kennzeichnung allerdings die 1906 gegründete ‚Zentralstelle für Volkswohlfahrt‘ im Auge, ein Dachverband aller freien Wohlfahrtsverbände im Kaiserreich, dem der Central-Ausschuss freilich als größte Einzelorganisation angehörte, so daß dieses Bonmot auch auf ihn zielte. Vgl. Jochen-Christoph Kaiser, *Sozialer Protestantismus im 20. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte der Inneren Mission*, München 1989, 113.

20 Ders., „Denkschrift und Manifest. Hoffnungen auf eine menschlichere Welt“, in: Hans Christoph von

Hase/Peter Meinhold, *Reform von Kirche und Gesellschaft. Johann Hinrich Wicherns Forderungen im Revolutionsjahr 1848 als Fragen an die Gegenwart*, Stuttgart 1973, 32 ff.

21 Zur Kritik dieses Deutungsmusters vgl. Johannes Degen, *Diakonie und Restauration. Kritik am sozialen Protestantismus in der BRD*, Neuwied-Darmstadt 1975, 34 u. pass. sowie Jochen-Christoph Kaiser, „Eugen Gerstenmaier in Kirche und Gesellschaft nach 1944“, in: Wolfgang Huber (Hg.), *Protestanten in der Demokratie. Positionen und Profile im Nachkriegsdeutschland*, München 1990, 69-92.